

Lärmschutzmaßnahmen

SPD – Fraktion
Beirat Borgfeld

Bremen, den 27. Jan. 2008

Antrag für die öffentliche Beiratssitzung am
19. Febr. 2008

der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, durch geeignete Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm zwischen der Borgfelder Allee und den Aussengründen des Kindergartens Murmel sowie der Schule Am Borgfelder Saatland sicherzustellen, dass die Kinder durch den dort vorhanden erhöhten Straßenlärm nicht in ihrer Gesundheit gefährdet und in ihrer Entwicklung gestört werden.

Begründung:

- Unmittelbar an den Außengeländen der beiden Einrichtungen verläuft die stark frequentierte Borgfelder Allee, die alternativlos den gesamten Straßenverkehr vom und zum Hinterland aufnehmen muss und zusätzlich noch Teil des LKW-Führungsnetzes ist.
- Hier ballen sich alle Straßenverkehrsarten, einschließlich der Straßenbahn und der Busse und es kommt zu all den schädlichen Begleiterscheinungen für die Kinder.
- Bei der Vorstellung der Lärmkartierung im Beiratsausschuss wurde nun deutlich, dass an der Borgfelder Allee der durchschnittliche Tageslärm oberhalb von 70 dB liegt, vergleiche Anlage 5a Überschreitungskarte(70)S.
- Da die errechnete Überschreitung einen Mittelwert darstellt, dürfte der Lärm zu den Zeiten, zu denen die Kinder draußen sind, noch erheblich höher sein, insbesondere morgens zur „rush hour“.
- Es gehört zum Betrieb eines Kindergartens, dass die Kleinen draußen sind - im Sommer ausschließlich - und zum Betrieb einer Grundschule, dass sich die Kinder in den Pausen ebenfalls auf dem Außengelände aufhalten.
- In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal auf unseren Beiratsantrag/-beschluss vom 24. Jan. 2006 aufmerksam machen, in dem wir seinerzeit schon Lärm- und Gefahrenschutz gefordert hatten. Nach unserer Einschätzung ist das eine Angelegenheit der staatlichen Daseinsvorsorge. Es erschließt sich uns nicht, warum der Vorgang an die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH weitergeleitet und dort offenbar nicht weiter bearbeitet wurde. Eine versprochene Rückmeldung ist bis jetzt ausgeblieben.

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Dem Antrag wurde in der Sitzung am 19. Februar 2008 einstimmig zugestimmt.